

# Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage  
In jeder Nummer eine Seite  
Sonntags- und Feiertagsausgaben je nach Umständen.  
Abonnements auf ein Jahr 10 Mk.  
Einzelnummern 10 Pf.

Redaktion, Druck und Verlag von Moritz Wagner

in Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei in Limburg a. d. Rhn.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Abonnements: 10 Mk. pro Jahr  
Einzelnummern: 10 Pf.  
Abonnements auf ein Jahr 10 Mk.  
Abonnements auf ein Jahr 10 Mk.  
Abonnements auf ein Jahr 10 Mk.

Nummer 282

Limburg, Donnerstag, den 5. Dezember 1918

81. Jahrgang

## Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Nach nun bis zum 16. Februar gewartet werden, bis die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte endgültig genehmigen, daß am 16. Februar die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden sollen. Aber auch wenn die Zustimmung erfolgt, was wahrscheinlich ist, so liegt doch eine Gefahr darin, daß überhaupt erst so spät eine deutsche Volksvertretung gewählt wird. Soll auch zugegeben werden, daß bei der Demobilisierung Wahlen nicht wie 1871 in Frankreich nach dem Abschluß des Waffenstillstandes in 14 Tagen oder wie 1848 in etwa vier Wochen durchgeführt werden können, so wäre bei gutem Willen doch Mitte Januar die Wahl sehr wohl möglich gewesen. Denn schon die erste Kundgebung der provisorischen deutschen Regierung vom 9. November enthält den programmatischen Punkt: Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung unter Teilnahme aller über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts. Aber erst jetzt, nach drei Wochen, sind die Hauptbestimmungen für die Wahlen beschlossen, der Termin festgesetzt worden und auch das noch mit Vorbehalt. Inzwischen war der Ruf nach der Nationalversammlung immer lauter erschallen, aus den Reihen des gesamten Bürgertums wie auch der Soldaten.

Was ist und was verspricht uns die Nationalversammlung. In Frankreich ist bei der großen Revolution 1789 die Nationalversammlung der Ausgangspunkt der gesamten revolutionären Bewegung gewesen. Als dort die aus Vertretern des Adels und der Geistlichkeit gebildeten Generalstaaten vom König Ludwig XVI. zur Befestigung der Volksherrschaft über die Monarchie der Verwaltung zusammenberufen, am 5. Mai 1789 ihre Beratungen aufnehmen wollten, rief der bis dahin von jeder Mitwirkung an der Regierung so gut wie ausgeschlossene, der sich bald Adel und Geistlichkeit angeschlossen, die Gewalt an sich, veränderte die Menschenrechte der allgemeinen Gleichheit, persönlichen Freiheit und Volkssouveränität und schuf in langen Beratungen eine neue Verfassung. Von Grund aus wurde dabei durch die „verfassunggebende“ Nationalversammlung Frankreich umgebaut. Die alte historische Einteilung in das Land wurde nach wirtschaftlichen Maßstäben in Departements eingeteilt und damit die Grundlage zu dem jetzt zentralistischen Aufbau gelegt. Der Adel ward abgeschafft, die allgemeine Religionsfreiheit verkündet, die Kirchengüter eingezogen, die Geistlichkeit der Staatsgewalt unterworfen und zum Eid auf die Verfassung verpflichtet. Als diese Verfassungswerk geschaffen war, und auch der König sich auf die neue Verfassung verpflichtete, sah die verfassunggebende Nationalversammlung ihre Arbeit als getan an, und löste sich im September 1791 auf. Sie glaubte, dem Lande die Ruhe gesichert zu haben, und sah nicht voraus, daß ihre Nachfolger, die gegebene Nationalversammlung und der Nationalkonvent ihre Arbeit im Revolutionssturm über den Haufen wirgen würden. In Deutschland lagen im Revolutionsjahr 1848 die schlimmsten Mordtage, die in Wien und Berlin blutige Kämpfe gesehen hatten, bereits dahinter, als am 18. Mai 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt die deutsche Nationalversammlung, aus 568 Mitgliedern bestehend, zusammentrat. Die glänzendste Versammlung deutscher Geistesgrößen zu politischem, vaterländischem Tun, die man sich denken konnte, aber in ihrem Idealismus ohne Blick für das praktisch Mögliche und Notwendige. Verkennend, daß ihre Macht allein in der Bestätigung und Planlosigkeit der Regierungen begründet war, versäumte sie den Zeitpunkt für die erzielte Aufrichtung einer wirklich bedeutsamen deutschen Zentralgewalt durch lange Erörterungen über die Menschenrechte, bis das selbständige Auftreten Preußens beim Abschluß des Preussisch-dänischen Vertrages (26. August 1848) ihre tatsächliche Ohnmacht bezeugte. Bekannt man sich jetzt auf darauf, daß der Radikalismus, der sich in der Hinausschiebung der theoretischen Erörterungen über die Menschenrechte gefallen hatte, unermesslichen Schaden angerichtet, ja die ganze Nationalversammlung um ihren Erfolg betrogen hatte, so war doch ein Einlenken in praktische Bahnen unumgänglich. (3. April 1849) ward das Zeichen ihres Endes. Einen Monat später riefen die Regierungen die Abgeordneten ihrer Länder zurück und der nach Stuttgart abberufenen Reichsversammlung, das Rumpfparlament, perfiel der Selbstauflösung. Für alle Zeiten aber bleibt trotz ihres Mißerfolges diese Nationalversammlung der Geschichte als leuchtendes Denkmal freibürgerlicher und demokratischer deutscher Gesinnung eingetragener.

An diese deutsche Nationalversammlung knüpft die kommende, jetzt vorbereitete, an. Sie wird das Werk durchführen, das damals begonnen wurde, aber zum Ziel nicht kommen konnte. Ein freies, deutsches Volk soll im freien Entschluß sich die Formen seines politischen Lebens geben, die allen die Freiheit des Erwerbes und der Ueberzeugung sichern und allen ihr Recht an der Mitarbeit am Ganzen gewährleisten. 40 Millionen Wähler, darunter 21 Millionen Frauen, werden den Berechnungen nach wahlberechtigt sein

und 433 Abgeordnete sollen der Nationalversammlung angehören gegenüber den 397, die der zu Grabe getragene Reichstag zählte, da auf durchschnittlich 150 000 Einwohner je ein Abgeordneter entfallen soll.

Bei dem starken Willen, der alle Kreise unseres Volkes befeuert, auf den Trümmern der Vergangenheit ein neues, lebenskräftiges Deutschland aufzubauen, hoffen wir, daß die so zum Leben gerufene deutsche Nationalversammlung ein Beweis deutscher Tatkraft und politischer Reife sein und eine gute Grundlage für einen deutschen Aufstieg zimmern wird.

## Deutsche Posten in Waffenstillstandsangelegenheiten.

Berlin, 3. Dez. (W.T.B.) Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung sind den Vertretern der Entente in Bern folgende Proteste zugegangen:

Nach der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten sind vor einigen Tagen farbige französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrag festgesetzten Termin eingetroffen waren. Es sollen aber auch jetzt noch an der Südgrenze der Pfalz zum Einmarsch bereitete farbige Truppen stehen. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa erhielt auf ihre Anfrage, ob die Befehle deutschen Gebiets durch farbige Truppen geplant sei, die Antwort, bis jetzt nicht. Schon in den wenigen Tagen ihres Aufenthalts in der Pfalz ließen sich die schwarzen französischen Truppen Raubverbrechen und andere Ausschreitungen zuschreiben. Die deutsche Regierung muß sich auf das schärfste dagegen verwahren, daß der Bevölkerung des von der Entente zu besetzenden deutschen Gebiets farbige Befehle zugemutet werde. Sie hat das Recht zu fordern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, welcher nach der ihr erteilten Versicherung, einen Frieden des Rechts herbeizuführen und einen Bund der Völker einzuleiten soll, in dem Geiste gehandhabt werden, der diesen hohen Ziele und den allgemeinen Empfindungen der Menschlichkeit entspricht. Die Befehle des französischen Gebiets erfolgt nicht im Wege kriegerischer Eroberung, sondern friedlich, auf Grund eines abgeschlossenen Vertrages. Die Ueberführung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Hohn auf das Gefühl der Gemeinschaft der weißen Rasse, ein Gefühl, das auch den Gegner binden sollte, zumal, da sie nach ihren Erklärungen nach der Beendigung des Krieges in einen Bundesbund zusammenzutreten gewillt sind. Marshall Foch hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa telegraphisch angezeigt, daß die Grenzen Elsaß-Lothringens gegen Baden, die Pfalz und Luxemburg bis auf weiteres, voraussichtlich für etwa zehn Tage gesperrt würden. Dabei wird das Gebiet von Saarbrücken und Saarbrücken in die Elsaß-Lothringische Grenze einbezogen. Es bedarf keines Beweises dafür, daß eine solche Maßnahme die Wirtschaft und den Verkehr der davon betroffenen benachbarten eng verbundenen Gebiete auf das schwerste schädigen muß. Den deutschen Delegierten ist vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes bestimmt erklärt worden, daß der Wortlaut des Vertrages streng eingehalten und über seinen Inhalt in keinem Punkte hinausgegangen werden solle; insbesondere bedinge der Artikel keine Aenderung in der bestehenden Verwaltungsorganisation. Der Waffenstillstandsvertrag enthält kein Wort, das die französische Heeresleitung ermächtigen könnte, die besetzten deutschen Gebiete gegen einander abzusperren oder gar, wie dies durch die Einbeziehung von Saarbrücken und Saarbrücken in das abgeperrte Elsaß-Lothringische Gebiet geschehen ist, ihre Grenzen willkürlich zu verändern. Unter diesen Umständen sieht sich die deutsche Heeresleitung gezwungen, gegen die Anordnung des Marshalls Foch scharfe Verwahrung einzulegen.

## Voraussetzliche Verlängerung des Waffenstillstands.

Saga, 4. Dez. Reuters meldet aus London: „Die Times“ berichtet, daß auf der Interalliierten Konferenz auch über die Dauer des Waffenstillstandes gesprochen wurde. Dieser werde wahrscheinlich verlängert werden. In Paris wird voraussichtlich die allgemeine Friedenskonferenz Ende Januar abgehalten werden.

## Die Berliner Regimenter für die Regierung Ebert-Haase.

Berlin, 4. Dez. (W.T.B.) Die vorgelagerten bedauerlichen Vorgänge beim Einmarsch der Gardebrigade veranlaßten die Delegierten beziehungsweise Kommandeure von etwa 20 Berliner Regimenten, in einem zu diesem Zweck veranstalteten Zusammenkommen, nachdrücklich gegen ähnliche Abfälle, von welcher Seite sie auch kommen mögen, Stellung zu nehmen. Sie sahen, um Ruhe und Ordnung auszuüben zu erhalten, und um mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Einflüssen, die das Wirken der Regierung im Sinne der sozialistischen Revolution beeinträchtigen könnten, entgegenzuwirken, folgenden Beschluß:

1. Die versammelten Vertreter der Regimenter des Gardekorps wählen unter Hinzuziehung der hier nicht anwesenden Truppenteile am morgigen Tage einen siebenköpfigen Grob-Berliner Aktionsausschuß als oberste Instanz zur Wahrung aller das Gardekorps betreffenden Angelegenheiten. 2. Die hier anwesenden Vertreter von Regimenten des Gardekorps wählen einen Dreier-Ausschuß mit dem Auftrage, der vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten Regierung Ebert-Haase ihr Vertrauen und die Versicherung auszusprechen, daß namentlich die genannten Regimenter der Regierung Ebert-Haase zur Verfügung stehen, um die Errungenschaften der sozialistischen Revolution und ihren sachgemäßen Ausbau gegen schädigende Einflüsse, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, mit allen im Augenblick erforderlichen Mitteln zu schützen.

## Die Beschlüsse der Soldatenräte des Feldheeres.

Berlin, 4. Dez. (W.T.B.) Die Ergebnisse des Vertretertages der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems am 1. und 2. Dezember sollen dem am 16. Dezember in Berlin zusammentretenden Delegiertentag sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte in der Form eines kurzen Berichtes vorgelegt werden. Die Bearbeitung hat im Einvernehmen mit der Leitung des Vertretertages in Ems der Vollzugsrat des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung übernommen. Die Hauptergebnisse der Tagung bestehen in folgenden Punkten: 1. Einkimmiges, entschiedenes Eintreten von 328 erschienenen Vertretern für die Regierung Ebert-Haase, fast einkimmiges Eintreten für deren soziales Programm. Einkimmiges Verlangen nach der Einberufung der Nationalversammlung und ungeschwächter Mitwirkung des Feldheeres dabei. 2. Wahl von fünf sofort zum Berliner Vollzugsrat zu entsendenden Vertretern des Feldheeres. 3. Wahl von 64 Vertretern des Feldheeres für den Delegiertentag sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember in Berlin. 4. Bestellung des bisherigen Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung als Zentral-Soldatenrat des gesamten Feldheeres. 5. Aufstellung unverbindlicher Richtlinien über die Organisation und Tätigkeit der Feldsoldatenräte.

## Das Ultimatum Fochs.

Saga, 4. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Cour.“ meldet aus London: „Daily News“ schreibt, daß die Gerüchte, Foch habe Deutschland ein Ultimatum gestellt, nicht sehr wahrscheinlich seien. Marshall Foch habe nicht die Macht, selbst wenn er den Wunsch hätte, ein weiteres Ultimatum zu stellen. Seine Aufgabe bestehe ausschließlich darin, die Bedingungen des Waffenstillstandes auszuführen und durchzusetzen, und eventl. einige Veränderungen anzubringen, wenn sie nötig seien. Alles übrige sei die Aufgabe der Friedenskonferenz. Und wenn es zu einer Befehlung Berlins käme, die man in Deutschland befehle, so könne es allein durch eine Bestimmung der Friedenskonferenz geschehen. Dasselbe gelte auch von einer Befehlung Wiens durch die Italiener.

## Holland.

Amsterdam, 3. Dez. (W.T.B.) Dem „Telegraaf“ zufolge teilte die Niederländische Ausfuhrgeellschaft mit, daß von Samstag bis auf weiteres keine Ausfuhrerlaubnis für Waren an die Mittelmächte erteilt werden wird. Der Beschluß steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Stilllegung deutscher Kohlenausfuhr nach Holland.

## Ein grosszügiger Ansiedlungsplan.

Berlin, 3. Dez. (W.T.B.) Ein Aufruf Hindenburgs teilt mit, daß die Vorarbeiten zu einem großartigen Ansiedlungsplan im Gange sind, wodurch auf billig erworbenem Land, mit billigem, öffentlichem Geld für Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet werden, für ländliche Arbeiter, Angestellte, Beamten und Angehörige verwandter Berufe, Häuser in Gärten, Häusern und Gartenvorhöfen erbaut und gegen mäßige Verpachtung der Selbstkosten übergeben werden. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Kameraden, die bisher mit nicht gekannter Todesverachtung und ebensolchem Opfermut 50 Monate hindurch die heimatlasse Erde schützten, das Vaterland nochmals durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungssinn zu retten und sich die eigene Zukunft und das eigene Glück zu bereiten. Ein Aufruf des Staatssekretärs Bauer fordert die aus dem Krieg heimkehrenden Landarbeiter und alle die Personen, die auf dem Lande vor dem Kriege tätig waren, auf, nicht in die Städte und Industriebezirke, sondern auf das Land zu gehen, wo mehrere Millionen Hektar Raum zur Besiedelung bereit gestellt werden. Auf dem Lande gebe es jetzt Unterkunft und lohnende Beschäftigung, weil mehr als eine Million Kriegsgefangener und Landarbeiter ihren Arbeitsplatz verlassen. Die alten Ausnahmefälle gegen die Landarbeiter und Gefindeordnung seien außer Kraft gesetzt. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse würden durch Tarifverträge zwischen den Organisationen der Landarbeiter und der Gutsherrschaft geregelt. Zur Herstellung der nötigen Wohnungen und zur Bereitstellung von Pachtland sollten die Gemeinden verpflichtet werden.

## Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Bern, 3. Dez. (W.T.B.) Angesichts der Verleumdungen, die über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland in der feindlichen Presse ausgesprochen werden, darf mit Genugtuung verzeichnet werden, daß die französisch-schweizerischen deutsch-feindlichen Blätter anlässlich der Durchreise amerikanischer Gefangener einstimmig feststellen, daß es ihnen in Deutschland nicht schlecht ergangen ist. „Journal de Geneve“ und „Tribune de Geneve“ schreiben, daß die Gefangenen sich nicht über die Behandlung in Deutschland beklagen, die Lausanner „Revue“ rühmt ihr ausgezeichnetes Aussehen.

### Eine internationalisierte Konferenz.

London, 4. Dez. (W.T.B.) Das Reutersche Büro erzählt: Da infolge der Erkrankung des Obersten House Amerika bei den Konferenzen der Alliierten nicht vertreten war, muß über die Verhandlungen Stillstehen bewahrt werden. Es steht aber fest, daß man zu einer vollständigen Einigung gelangt ist und mit Lloyd George und den richterlichen Beamten der Krone völlig darin übereinstimmt, daß Deutschland sobald wie möglich für seine Misttaten büßen müsse und daß die verantwortlichen Personen ohne Rücksicht auf ihren Rang vor ein Gericht gebracht und soweit wie möglich bestraft werden müßten. Die Londoner Beratungen werden zweifellos von großem Einfluß auf die Friedenskonferenz sein.

Amsterdam, 4. Dez. (W.T.B.) Reuter meldet aus New York, daß Präsident Wilson heute, Mittwoch, früh nach Europa abreiste.

### Ein Abschiedsbrief des früheren Kronprinzen.

Berlin, 5. Dez. Unter dem 11. November hat der bisherige Kronprinz sich mit folgendem Erlaß von seiner Heeresgruppe verabschiedet:

An meine Armeen! Nachdem S. M. der Kaiser den Oberbefehl niedergelegt hat, bin auch ich durch die Verhältnisse gezwungen, nun die Waffen ruhen, von der Führung meiner Heeresgruppe zurückzutreten. Wie immer bisher, so kann auch heute ich meinen tapferen Armeen, jedem einzelnen Mann nur aus tiefstem Herzen danken für ihren Heldennut, für die Opferfreudigkeit und Entfaltung, mit der sie allen Gefahren ins Auge gesehen und alle Entbehrungen willig für das Vaterland ertragen haben, in guten und in bösen Tagen. Mit den Waffen ist die Heeresgruppe nicht besetzt. Hunger und bittere Not haben uns bezwungen. Stolz und hochgehobenes Hauptes kann meine Heeresgruppe den mit dem deutschen Blut erlöschenden Boden Frankreichs verlassen. Ihr Schild, ihre Soldatenehre ist flegelos und rein. Ein jeder sorge, daß sie es bleibe, hier und später in der Heimat! Vier lange schwere Jahre durfte ich mit meinen Armeen sein in Sieg und Not, vier lange Jahre gehörte ich mit ganzem vollem Herzen meinen treuen Truppen. Tief erschüttert scheide ich heute von ihnen und neige mich vor der gewaltigen Größe ihrer Taten, die die Geschichte einst in flammenden Worten den späteren Geschlechtern künden wird. Nun steht zu Euren Führern treu wie bisher, bis ihr Befehl Euch freigegeben kann für Weib und Kind, für Heimat und Herd! Gott mit Euch und unserm deutschen Vaterland!

Der Oberbefehlshaber, gez. Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen.

### Eine Erklärung des Prinzen Heinrich.

Berlin, 3. Dez. In der „Kreuzzeitung“ läßt Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder Wilhelms II., folgende Kundgabe an alle Familienmitglieder des königlich preussischen Hauses:

„Durch Erlaß unseres Königs vom 28. November 1918 aus Amerongen sind alle Beamte des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine ihres Treueides entbunden. Formell sind also auch wir in Offizier- oder Beamtenstellen befindliche Angehörige des preussischen Königshauses von diesem Treueid entbunden. Nicht nur steht es nunmehr einem jeden frei, sich im Staatsdienst nach besten Kräften zu betätigen, sondern es wird dies zur Pflicht gegen das Vaterland, das uns geboren, und dem wir mit vollster Hingabe bis auf den heutigen Tag dienten. Auch handeln wird im Sinne unseres Königs, welcher in seinem Thronerzähl vom 28. November ausdrücklich auf eine Mit-

arbeit zum Wohle unseres Volkes hinweist. Als Senior der jetzt in Preußen und dem Deutschen Reich wohnhaften Mitglieder des preussischen Königshauses, erkläre ich hiermit, daß trotz der Neuordnung im Reich und in Preußen, welche ich unter dem Druck der Verhältnisse anerkennen gezwungen bin, ich bestrebt sein werde, einer geordneten gesetz- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erduldlicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber andererseits mich persönlich bis an mein Lebensende an die Person unseres Königs als gebunden erachte, und alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schäden von ihm abzuwenden, ihn als mein alleiniges Familienoberhaupt respektlos anerkenne. Indem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des königlich preussischen Hauses hiermit zur Kenntnis bringe, erhoffe ich von diesen eine gleiche Gesinnung.“

Herrenhaus Hemmelmark b. Ebernforde, 1. Dezbr. 1918.  
Heinrich, Prinz von Preußen, Großadmiral.

## Die demokratische Partei.

Ueber die Aufgaben, die der neuen großen demokratischen Partei durch die Ereignisse gestellt sind, läßt sich die „Demokratische Parteireisepredigt“ auswie folgt: „Bekanntnis zur republikanischen Staatsform, entschiedene Abwehr jeder reaktionären Gegenrevolution, rücksichtsloser Kampf gegen diejenigen, die den unglücklichen Ausgang des Krieges auf ihrem Gewissen haben, offene und vorurteilslose Erfüllung der Forderungen der Zeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, bei aller Ablehnung sozialistisch-bolschewistischer Experimente, an der es die neue Partei nicht fehlen lassen darf, wird sie dennoch den sozialen Gedanken in ganz anderer Weise für den politischen und wirtschaftlichen Staatsaufbau fruchtbarer machen als bisher. Alter und neuer Mittelstand, Arbeiter, Staats- und Privatbeamte, Krieger, Witwen und Waisen, sowie Kriegsbeschädigte können auf warme Unterstüßung der demokratischen Partei rechnen. Die Kriegsgewinne müssen auf das schärfste beschlagnahmt, Bauernland muß in Masse dem landhungrigen Volke zur Verfügung gestellt werden. Auch die Industrie muß den Sozialisierungsgedanken dort aufnehmen, wo es möglich ist und wo es ohne Schaden für die Initiative des Privatunternehmers und für die Konfurenzfähigkeit im Auslande (die wie bisher natürlich nicht ausbleiben darf) erfolgen kann. Geschickt das (und es ist sicher, daß es geschieht), so wird die deutsche demokratische Partei getrockneten Reutes an die Vorbereitungen der Wahl zur Nationalversammlung gehen können. Sie werden das Aufgebot eines Apparats erfordern, wie er bisher unerhört war. Die Zahl der Wähler hat sich durch den Eintritt der Frauen, außerdem durch die Herabsetzung des wahlfähigen Alters auf zwanzig Jahre vervielfacht. Mit mehr als vierzig Millionen Wählern ist zu rechnen. In das ferne Dorf, in die entlegene Hütte ist der demokratische Gedanke zu tragen, ist das Gefühl zu wecken, daß heute wirklich jeder, aber auch jeder verantwortlich ist für die zukünftigen Geschicke unsers Vaterlandes. Zu begreifen ist, daß die Kundgebung, mit der die deutsche demokratische Partei ins Leben trat, ausdrücklich die Zustimmung enthält, daß ein auf breiterer Grundlage gewählter Delegiertentag die Verfassung der Partei endgültig festlegen soll. Mit allem Persönlichkeitskultus, mit aller Parteibonzenwirtschaft muß rücksichtslos aufgeräumt werden. Die Partei, die die Demokratie im Staatsleben durchsetzen soll, muß zunächst und in erster Linie die Demokratie in sich selbst verwirklichen. Nur so wird sie hoffen dürfen, daß ihre Worte und Taten nicht im Widerspruch stehen, daß sie das Vertrauen der breiten Masse des Volkes gewinnen wird, um das sie wirkt.“

## Ueberstärzte Reformen.

Zu denen, die in aller Hast, wie wenn sie ein vorzeitiges Ende ihrer Tätigkeit befürchteten, alte Einrichtungen mit einem Federstrich beseitigten, ehe die Verwirklichung der gewählten Volksvertreter zu Worte kommen, gehört auch der preussische Kultusminister Hoffmann. Ein Gesetz allerdings gibt er noch nicht heraus, sondern sogenannte Richtlinien. Da er aber die Macht hat, wird sich die preussische Schulverwaltung schon sehr nach diesen Richtlinien richten müssen. Es soll nun nicht gelugnet werden, daß in diesem Programm manche wünschenswerte Erneuerung verheißen wird, so die Ueberlassung des Religionsunterrichts an die vom Vertrauen der Eltern getragenen Geistlichen, die Einheitschule und manches andere. Aber es fehlt die geistige Durcharbeitung des Ganzen.

Auch wird, ehe der Plan zu Taten wird, noch vieles geändert und ergänzt werden. Immerhin wirkt das Programm, auf das wir nicht sofort näher eingehen konnten, einiges Licht auf die Unbetümmtheit, mit der Hoffmann das Alte einreißt. „Freiheit“ die wichtigsten Punkte wiedergegeben:

Die Trennung von Kirche und Staat wird grundsätzlich ausgesprochen, eine Denkschrift ist ausgearbeitet, eine Kommission ist vorbereitet. Religion ist nicht mehr Prüfungsfach. Die Einführung eines konfessionslosen Moralunterrichts wird vorbereitet. Kein Lehrer darf mehr zur Erteilung von Religionsunterricht gezwungen werden. Die geistliche Ortschulaufsicht ist aufgehoben. Die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen ist in einzelnen Fällen schon jetzt erfolgt. Lehrer und Schüler erhalten Selbstverwaltungsbefugnisse. Jeglicher Chauvinismus ist aus dem Unterricht, zumal aus dem Geschichtsunterricht, verbannt. Preußen wird den Zusammenschluß einer Reichsdialkonferenz beantragen. Die Einheitschule ist gesichert. Mit dem Abbau der Ständeschule (Vorschule) wird sofort begonnen. Das Rektorat wird seines autoritären Charakters entkleidet und in kollegialem Sinne ausgebaut. Das Abiturientenexamen wird umgestaltet. Die Examina werden vermindert. Das preussische Kultusministerium erhebt Anspruch auf einen Teil der beschlagnahmten königlichen Schlösser, zum Zwecke der Volksschulbildung (Vanderzuchtshäuser, Internate, pädagogische Mutterseminare, Museen, Volkshochschulen). Die Jugendpflege ist ihres militärischen Charakters entkleidet worden.

Wegen ihrer politischen oder religiösen Ueberzeugung Gemäßregelte sind wieder einzustellen. Die Lehrer werden Vertreter in die Regierung und in die Schulverwaltung.

Die akademische Lehrfreiheit wird von den letzten Fesseln befreit. Hervorragende wissenschaftliche Vertreter des Sozialismus und anderer bisher systematisch ferngehaltenen Lehrrichtungen sollen auf akademische Lehrstühle berufen werden. Die soziale, rechtliche und finanzielle Stellung der Privatdozenten soll gehoben werden.

Das Theaterwesen untersteht dem Kultusministerium. Eine Theaterzensur besteht nicht mehr. Für die aus dem Felde zurückkehrenden beschäftigungslosen Künstler und Schriftsteller wird Arbeitsbeschäftigung und nötigenfalls Unterstützung bereitgestellt. Das Ausstellungswesen wird im Verein mit den Organisationen aller Künstler neu geregelt. Die ehemaligen königlichen Bühnen werden Nationaltheater, desgleichen die Hofkapellen zur Nationalorchestern.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Adolf Hoffmann, erwiderte die an Ebert gerichtete Zuschrift vom 25. November 1918 über die Entschiedenheit der Verammlung von Vertrauensmännern der Zentrumspartei des Reichstagswahlkreises Dortmund-Sörde vom 14. November u. a.: Auch von den neuen Männern denkt niemand daran, die religiöse Gewissensfreiheit anzutasten. Die Eltern sollten das Recht haben, ihre Kinder von den Angehörigen der Kirche, der sie selbst angehören, erziehen zu lassen. Hinsichtlich der Trennung von Kirche und Staat sei es selbstverständlich, daß an dem Etat, der bis zum 1. April 1919 laufe, nichts geändert werde. Sollte die Trennung bis dahin vollzogen werden, so werde kassellweise der Abbau der Bezüge der Kirche in einer Weise vorgenommen, der keinerlei Härten, besonders gegen ärmere Gemeinden, mit sich bringe.

## Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 5. Dezember 1918

**a. Unfall.** Das vierjährige Kind des Gärtnereibesizers Herrn Hugo Menges geriet gestern beim Gehen der Trapp n im Gestränge so nahe an ein Lastauto, daß es an einem Fuß überfahren und dadurch nicht unerheblich verletzt wurde. Der bedauerliche Unfall mahnt wiederum, den Kindern, zumal den Kleinkindern, Vorsicht bei dem jetzigen bedauernden Wagnisverstehe in den Straßen der Stadt anzuempfehlen.

**a. Großer Truppendurchmarsch.** Auch der gelbige Tag brachte für Limburg ein vielbewegtes, militärisches Leben und Treiben in den vom Rhein eingetroffenen und teils hier einquartierten, teils weiter marschierenden Truppen. Artillerie und Infanterie, Reiter, mit Pferden bespannte Wagen und Autos wechselten in hunder Reihenfolge ab, in endlosen Reihen den Zuschauern eine Darbietung gebend von der gewaltigen Stärke unseres heimkehrenden

mit Rolf von Limbach — so heißt meine zukünftige Verlobter — nach Deutschland, und dann werde ich mit verloben und im Herbst Hochzeit machen.“

Das klang alles, als sei Miß Grace bei dieser Hochzeit gar nicht beteiligt. Sie liebte es nicht, ihre Gefühle zu zeigen. Aber in ihren blauen Augen lag doch ein warmer Glanz.

„Und Sie werden mit Ihrem Gatten in Berlin wohnen?“ fragte Frau Dina mit freundlichem Interesse.

Miß Grace nickte.

„Ja, wir werden wohnen in das Villa in Grunewald. Sie wird zum Teil neu ausgebaut. Und Sie werden mich müssen helfen, Fräulein von Godes — oder darf ich sagen für Sie, Fräulein Ruth? Ja — danke. Und Sie nennen mich Miß Grace, das ist bequem für uns beide. Ja? Gut — also Sie müssen mich helfen beim Auspacken und Bestellen von mein Aussteuer. Sie werden haben viel Arbeit damit.“

„Das wird mir Freude machen, Miß Grace.“

„Gut. Sie werden haben viel Not mit mich. Rolf hat gesagt zu mich: Sie sind ein Wiesenquell, Miß Grace, immer lebhaft und munter! Er hat recht. Ich lasse niemand viel Ruhe und habe tausend Ideen. Tante Nell wird atemlos davon — ich brauche flinke Füße neben mich.“

„Damit kann ich Ihnen dienen, Miß Grace,“ sagte Ruth lächelnd.

„Sehr gut. Wir wollen Schritt halten. Freu dich, Tante Nell! Jetzt kannst du ruhen. Sagen Sie mir, Fräulein Ruth, kann ich schon in diese Tage hier zuhause haben Ihr Gesellschaft? Ich will mit ansehen diese Stadt und Umgebung und habe gemietet ein Auto. Wollen Sie sein mein Fahrerin, die mich zeigt alles Sehenswerte? Vielleicht begleitet uns Ihre Frau Mutter zuhause. Wolleg Sie, Frau von Godes? Sie können mich dabei kennen lernen ein wenig besser und sehen, daß ich bin nicht ganz so schüchtern, als es scheint. Und Sie werden Fräulein Ruth dann gehen lassen viel lieber mit mich nach Berlin.“

Frau Dina nickte das Haupt.

(Fortsetzung folgt.)

## Das stolze Schweigen.

Roman von S. Courths-Mahler.

55) (Nachdruck verboten)  
„Sie sind verlobt, Miß Sund?“ fragte Ruth, interessiert in ihr frisches, reizendes Gesicht lebend.

Miß Grace schüttelte lächelnd den blonden Kopf.

„Rach nicht, aber ich werde mir verloben in kurze Zeit.“

„Dann werden Sie meiner aber doch nicht mehr bedürfen!“

„Oh, ich werde doch! Sie dürfen nicht denken, daß ich werde führen, eine Ehe, wie in Deutschland üblich.“

„Ihr zukünftiger Gatte ist Amerikaner?“ fragte Frau Dina.

Miß Grace schüttelte wieder den Kopf.

„O nein — er ist eine deutsche Edelmann. Aber jetzt ist er vom Papa der Kompanon. Er war deutsches Offizier, hat gemacht eine sehr stolze Leben und schnell verbraucht seine kleine Vermögen. Weil er dann geworden sehr arm, hat er genommen seinen Abschied oder müssen nehmen — und ist gekommen nach Amerika. Sein strenges Dunkel und Tante haben von ihm gesagt „Tunichgut“.“

In Amerika hat er erst müssen hungern, dann gelernt arbeiten. Er ist gekommen in Fabriken von Papa und gesagt, er will haben Arbeit — ganz gleich was für welsche. Oh — Papa hat ihm gegeben Arbeit — erst nur abschreiben von Adressen, dann Korrespondenz und immer besser, weil er gewesen sehr fleißig und hat einen festen Willen gehabt. Schön! So ist er gekommen wieder in gute Kleider. Und dann hat er mit bezeugt in Papas Kontor und hat mir gemacht Augen — so groß. Ich haben gelacht und er hat sich dann gesetzt in sein Kopf, ich muß werden seine Frau. Ist er gekommen zu Papa und hat gesagt, er will heiraten Miß Grace. Da hat ihn Papa gesagt, er ist verrückt. Aber er hat gesagt, nein, nur toll verliebt. Und ist er gekommen zu mich und hat gesagt: „Miß Sund, ich liebe Sie und will Sie heiraten. Aber Ihr Herr Vater hat mir gesagt, er will mich nicht zum Schwiegersohn und ich bin verrückt. Trostlos komme ich zu Ihnen, um Sie zu fragen, wollen Sie meine Frau werden?“

Und ich habe gesprochen zu ihm: „Vielleicht will ich einmal später — jetzt noch nicht. Erst müssen Sie zeigen, daß Sie sind eine ganze Mann!“

„Wie soll ich das zeigen, Miß Sund?“ hat er mir gefragt. Habe ich geantwortet: „Sie müssen machen, daß Papa nicht mehr lacht. Sie sind verrückt, wenn Sie noch einmal fragen, ob er Sie will haben zum Schwiegersohn.“ — Und da hat er sich ausgerichtet, ganz fest und gesagt: „Ja, ich will.“ Und es sind vergangen ziemlich drei Jahre — er hat gezeigt, daß er ist ein ganzer Mann, hat verdient viel Geld und mir gezeigt, daß mir liebt und nicht mein Geld. Papa hat ihn gemacht kürzlich zu seinem Teilhaber. Ich habe natürlich geholfen ein wenig hinter die Kulissen. Papa muß tun, was ich will, wenn er auch sonst immer nur tut, was er will — nicht wahr, Tante Nell?“

Das alles hatte die junge Amerikanerin mit entzückender Treulichkeit vorgebracht. Sie begleitete ihre Erzählung mit einem lebhaften Gebärdenpiel und kopierte die den betreffenden Stellen ihren Vater und ihren zukünftigen Verlobten in sehr charakteristischer Weise.

Tante Nell nickte seufzend.

„Ja, wir tun alle, was du willst, dein Papa, dein zukünftiger Gatte, ich — und auch Fräulein Ruth wird tun müssen, wie wir.“

Miß Grace lächelte Tante Nell, deren Doppellinn ein wenig bedte. Dann sah sie Ruth schelmisch an und sagte ihre Hand.

„Sind Sie lange?“

„Gar nicht,“ erwiderte Ruth lächelnd.

„Das ist sehr gut. Aber ich haben doch nicht gesagt, in mein lange Rede, daß ich doch Ihrer bedarf, auch wenn ich sein werde geheiratet. Meine zukünftige Gatte wird leiten unsere Geschäfte in Deutschland, und wir haben Fabriken hier und da, wo er muß inspizieren und viel auf Reisen sein. Tante Nell geht mit Papa wieder nach Amerika und wird nicht mehr sein viel in Deutschland. Dann muß ich haben eine Gesellschaft viel nötiger als jetzt. Papa und meine zukünftige Gatte sind jetzt drüben bei eine große Kongreß, wo verhandelt wird über Chemie, was für unsere Betriebe von großes Interesse. Anfang April wird kommen Papa

Feldheeres. In bester Ordnung und mit frischen, frohen Gesichtern zogen die Braven von der Front hier ein. Das allgemeine Interesse steigerte sich zum höchsten Grade. Mit Herz und Hand entboten auch diesmal die Heimatsleute den Truppen den Willkommengruß. Liebesgaben aller Art, Kauswert, warme Getränke, Obst, Feinigkeiten, Blumensträußen und dergleichen wurden den Soldaten allerwärts gereicht und nahmen diese die Dankesbezeugungen freundlich bewegt entgegen. Dazwischen spielte die Kapelle des 10. Infanterie-Regiments flotte Märsche und hob die Begeisterung. Die Stadtoverwaltung bewillkommnete und ehrte unsere Einquartierung noch besonders. Man sah, daß in unseren Fronttruppen noch kernige, feste Gestalten als deutsche Soldaten und Bürger in die Heimat zurückkehren. Der Heimat Dank ist allen gewiß!

**Auflösung des stellvertretenden Generalkommandos.** Der kommandierende General des aktiven 18. A.-R. v. Ebel gibt bekannt: „Das stellvertretende Generalkommando 18. A.-R. wird mit dem 9. Dezember aufgelöst. An seine Stelle tritt mit diesem Tage wieder das aktive Generalkommando 18. A.-R. in Bad Nauheim. Von da ab sind sämtliche Eingaben, betreffend militärische Angelegenheiten nicht mehr an das stellvertretende Generalkommando Frankfurt a. M., sondern an das Generalkommando des 18. A.-R. in Bad Nauheim zu richten: In den Räumen des bisherigen stellvertretenden Generalkommandos in Frankfurt, Taunusanlage 9, wird ein „Zivil-Departement für den Bereich des 18. A.-R.“ errichtet. Die Leitung dieses Zivil-Departements liegt in den Händen des Generalmajors von Studnik, der mit der Auflösung des stellvertretenden Generalkommandos aus seinem bisherigen Militärverhältnis ausgeschieden ist.“

**Die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden und der Zentralverband des Gewerkerereins für Nassau** erlassen folgenden Aufruf an die Handwerker und Gewerbetreibenden Nassaus bezw. des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die ernste und schwere Zeit fordert allseitig rege und zielstrebige Arbeit, denn es steht eben alles auf dem Spiele. Jeder Bürger des Reiches muß mitarbeiten, also auch jeder Handwerker und Gewerbetreibende. Erstes Ziel dieser gemeinsamen Arbeit muß sein: Ruhe und Ordnung im Reich zu erhalten und zu festigen, damit der Abschluß des Friedens nicht gefährdet wird. Die gemeinsame Arbeit mit den berufenen Stellen an diesem Ziele fordern wir von jedem einzelnen Handwerker und Gewerbetreibenden, den Handwerksämtern und Kreisverbänden, den Genossenschaften und allen Korporationen. Erst wenn durch diese Mitarbeit der Friede erreicht ist, dann können und werden wir mit härterem Recht und günstigeren Aussichten unsere wirtschaftlichen Forderungen erheben, besonders diejenige auf Erhaltung und Sicherung der jetzt bedrohten wirtschaftlichen Selbständigkeit. Die Einzelwirtschaft darf nicht von der Gemeinwirtschaft verdrängt werden. Folge deshalb jeder dem eifrigen Gebot der Stunde und arbeite mit durch Einstellung der Heimkehrer in die Betriebe, durch Mitarbeit in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, in den Demobilisierungsausschüssen und anderen Einrichtungen der Uebergangswirtschaft. Im Handwerk und Gewerbe steht viel Intelligenz und Kraft. Nähert sie zum Heil unseres Vaterlandes und zu eurem eignen Heil. Unserer Unterstützung dürft ihr sicher sein.

**Kapitalabfindung für Kriegsbeschädigte.** Wohl eines der bedeutendsten, für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wichtigsten Gesetze ist das Kapitalabfindungsgesetz vom Juli 1918 mit seinen beiden Ergänzungsgeetzen vom Juli 1918. Durch dieses Gesetz wird Kriegsbeschädigten oder Kriegshinterbliebenen die Möglichkeit gewährt, sich unter bestimmten Voraussetzungen Geld zu beschaffen, um die Ansiedlung oder die Beschäftigung auf eigenem Grund und Boden zu fördern; es können hiernach zum Teil ganz beträchtliche Summen flüssig gemacht werden. Wichtig ist insbesondere das Alter des Antragstellers, der mit der Bewilligung der Abfindung auf seine Zulagen oder einen Teil derselben verzichten muß. Als solche ablösbare Renten können die Kriegszulage und die Verwundungszulage, nicht aber die Rente in Betracht. Die verfügbaren Beträge schwanken für die Kriegszulage zwischen 1485 und 3330 Mark, für die Verwundungszulage zwischen 2673 und 5991 Mark, bei der Witwe eines Gefallenen je nach seinem Dienstgrad zwischen 1650 und 5550 Mark. Wie die Heeresverwaltung mitteilt, haben bereits viele Tausende von Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen die Abfindung beantragt und auch bewilligt erhalten.

**Heute noch möglich zu Friedenspreisen kaufen.** Dabei noch das Baumaterial nahezu kostenlos beschaffen, das lehrt die Vereinigung „Heimkultur“, eig. Wiesbaden. Die neue Lehmziegel-Betonbauweise ihres Mitglieds, Vordachmann Max Veer, ist den Mitgliedern zur Ausführung freigegeben und so soll auch in dieser Gemeinde ein Mutterhaus als Stiftung für eine künftige Kriegsereignisse errichtet werden. Zu diesem Zweck wird ein Ausschuss gebildet, über den auch wir noch weiteres mitteilen werden. Wer sich über die segensreichen Bestrebungen der „Heimkultur“ unterrichten will, erhält gegen Rückporto aufklappende Druckladen mit den Zeichnungen usw. Eine öffentliche Kunst- und Geschäftsstelle wird in einer Buchhandlung am Ort errichtet werden.

**Eine Richtigstellung.** Auf unsere Zuschrift aus Langendernbach vom 29. November d. J. an dieser Stelle ging uns folgende Richtigstellung und Ehrenklärung für Herrn Johannes Bland-Jung zu, die wir hierunter im vollen Wortlaut wiedergeben:

**O. A. Langendernbach, 3. Dez.** Sehr geehrte Redaktion! Zur Rechtfertigung der Familie Bland-Jung in Langendernbach bitten wir in Erwiderung auf den Artikel in Nr. 278 vom 30. 11. 18. Ihres geschätzten Blattes um Aufnahme folgender Zeilen: „Wir erklären, daß wir im Hause des Herrn Joh. Bland-Jung in Langendernbach auf dem Durchmarsch eine direkt wohltuende Aufnahme gefunden haben, wie sie uns nur die Heimat bietet. Wenn wir auch in Herrn Bland eine aufgetragene, den heutigen Verhältnissen entsprechende Militär-Kritiker-Natur kennen gelernt haben, hatten wir doch dafür, daß es vorteilhaft war, von unbesessener Seite die in der Aufregung bei Zuteilung der Einquartierung von Seiten des Herrn Bland gemachten Äußerungen für die Öffentlichkeit auszuschälen.“ Unterzeichnet von Hauptm. Rüchard Stab 7. J.-D. und noch 8 weiteren Leuten des Stabes.

**Fc. Wiesbaden, 4. Dez.** Die hiesige Regierung hat in Folge eines Erlasses des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß im Geschichtsunterricht die bisherigen Lehrbücher nicht mehr dem Unterricht zugrunde gelegt werden können und daß sie in den Händen der Kinder weder im Unterricht noch bei häuslicher Vorbereitung Verwendung finden dürfen. Welcher Stoß in Geschichtswissenschaft auszuüben ist, ergibt sich aus dem Erlass. Dafür tritt die kulturgeschichtliche Behandlung in den Vordergrund. Die Stoffquelle für Geschichte sind unerschöpflich und bis zum 1. Januar 1919 den Kreislaufinspektoren bezw. den Stadtschulinspektoren in Frankfurt a. Main und Wiesbaden zur Genehmigung vorzulegen. Die Entfernung von Büchern aus der Schulbibliothek hat sofort im Sinne des Erlasses zu erfolgen. Ein Verzeichnis der ausgeschiedenen Bücher ist gleichfalls bis zum 1. Januar 1919 den genannten Schulinspektoren einzureichen, die sich davon persönlich belügen überzeugen müssen, daß keine ungeeigneten Bücher in der Bibliothek zurückgeblieben sind.

**Fc. Wiesbaden, 4. Dez.** Die neue Zeit! An dem hiesigen Hauptpostgebäude wurden gestern Anstalten getroffen, um die an dem Gebäude prangenden goldenen Lettern „Kaiserliches Postamt“ zu entfernen. Man begann damit in geräuschvoller Weise, Klopfen und Hämmernd in dem Moment, als der Führer der heute einziehenden Truppen Erzengel v. Doern an ihrer Spitze die Rheinstrasse hinab ritt und kurze Zeit vor dem Postgebäude Halt machte.

**FC. Wiesbaden, 4. Dez.** Landrat v. Heimbürg ist vom Reichs- und Generalrat seines Amtes als Landrat des Kreises Wiesbaden-Land entbunden worden. Er hat seinen Urlaub angetreten.

**Fc. Uffingen, 4. Dez.** Der hiesige Landrat wendet sich mit folgendem Aufruf an die Landwirte des Kreises: Die Milch- und Butterlieferung nehmen immer mehr ab. So kann das nicht weitergehen. Dault doch an die Kinder und Kranken in der Stadt! Die müssen Milch haben! Zeigt Euren guten Willen, der Not abzuwehren und liefert so viel Ihr könnt.

**Frankfurt, 3. Dez.** In der Römerstadt Rida zwischen Hedderheim und Braubach haben in letzter Zeit vorgenommene Neuaufgrabungen das Bild der großen römischen Siedlung vor unseren Toren erheblich vervollständigt. Die Stelle, auf der sich die Stadt Rida erhob, ist heute von den Friedhöfen Hedderheim nördlich und südlich der Hedderheimer-Brücke inner Straße bedeckt und deshalb für Grabungen naturgemäß sehr schwer zugänglich gewesen. Das größte Interesse beansprucht unter allen Ergebnissen, wie der Leiter der Ausgrabungen, Prof. Gündel, in einer Sitzung des Altertumsvereins ausführte, das freigelegte mächtige Bauwerk von 20 Meter Länge und 60 Meter Breite. Das Hauptgebäude stand im Nordwesten und war 70 Meter lang und 43 Meter breit. Es zerfiel in einen Mittelhof, einen nördlichen Querbau, an den sich nach Süden zu Hilgelbauten schlossen. Den Hofhof umringten Säulengänge, die innere Ausstattung war durch Säulen, Reliefs und Statuen reich geschmückt. Ob ein zweites Gebäude vorhanden war, ist unbekannt. Im Nordbau befand sich wahrscheinlich ein Heiligtum. Der Nordostflügel wies reich und prachtvoll ausgestattete Zimmerfluchten auf. Der Südostflügel trug wahrscheinlich Holzbauten. Die Baugeschichte fällt in die Frühperiode: Hadrianus. Das Bauwerk zeigt die Grundrisse eines spätantiken Hauses. Gündel erklärt in ihm lediglich ein Unterflurhaus für reisende hohe Staatsbeamte; es war ein Hospitium. Das Gebäude erhielt offiziell den Namen „Prätorium von Rida“. Das noch unentdeckte Forum lag wahrscheinlich auf dem Gelände des Steinsteins. Die im Südostflügel des Friedhofs sich ausdehnende Thermen sind nunmehr in ihrem ganzen Umfang freigelegt. Sie gehören zu den besten Anlagen ihrer Art in Deutschland. Das Kanalsystem zeigt fesselnde Konstruktionen und sogar Säulensammlungen. Das Hauptgebäude aus dem Nordostflügel bestand noch zu Trajans Zeiten und ist durch Brand vernichtet. Was prähistrischer Periode fand man je eine Wohngrube mit reichen Funden aus der Bronze- und der Latenezeit. Die Ausgrabung der Steinzeit birgt danach der Boden Ridas Zeugen aus fünf Zeitaltern menschlicher Kulturentwicklung.

**Köln, 4. Dez.** In vergangener Nacht wurden an verschiedenen Stellen der Stadt Warenhäuser ausgeräumt. Eine große Menge Bländerer versammelte sich vor dem Proviantamt, wo sie indeß von einem verstärkten Polizeiaufgebot und Bürgerwehr mit Maschinengewehren empfangen wurden. Sie versuchten daraufhin das Proviantamt und durchzogen die Hauptgeschäftsstraßen der Stadt. Ein Konfektionsgeschäft wurde gewaltsam aufgebrochen und völlig ausgeräumt. Bei Zusammenstößen mit der Polizei soll es Tote und Verwundete gegeben haben, über deren Zahl bisher Genauigkeit nicht feststeht.

**FC. Aus der Pfalz, 3. Dez.** Die Stadtverwaltungen der Pfalz erlassen Aufrufe, in denen sie die Bürger zur Bewachung, auch der Konstitutionen der fremden Truppen und zur Befolgung von Befehlen auf Grund der feindlichen Verhältnisse ermahnen. Es wird berichtet, daß das französische Militär für das Viertel Wein, das bis vor kurzem 2,50 bis 2,80 Mark kostete, einen Franc gibt und für ein Huhn 2,50 Mark. Im Geldverkehr ist der Satz von 1,25 Mark für einen Franc bestimmt.

## Amtlicher Teil

(Nr. 282 vom 3. Dezember 1918)

## Bekanntmachung.

Bezirkskommando Limburg ist wegen Auflösung von Donnerstag den 5. Dezember, nachmittags 1 Uhr ab geschlossen. Die Anmeldungen, Auszahlungen von Gehältern.

nissen pp. übernimmt für die Folge das in Kürze bestehende Kommando in Limburg. Näheres wird von letzterem in den Amtsblättern noch bekannt gemacht. Limburg, den 4. Dezember 1918.

Der Landrat.

## Telegrammbrief.

An sämtliche Bahnhöfe, Fahrkartenausgaben, Reisebüros, Verlehrs- und Betriebsämter — je besonders —.

Nachdem der Staatskommissar für Demobilisierung das Verlassen des linksrheinischen und des der Befehlung unterworfenen Teils des rechtsrheinischen Gebietes einschl. des 10 Kilometer breiten Streifens verboten hat, dürfen westlich der Linie, die durch die Stationen:

Oberhausen — Wühlheim (Ruhe) — Reitzwig — Varmen — Kadevornwald — Egerpohl — Dieringhausen — Benroth — Herchen — Oederbach — Heitzhausen — Munkel — Uffingen — Holzhausen (Oberheßen) — Dornelweil — Gronau — Bischofsheim — Kumpen-heim — Wühlheim (Main) — Bieber — Oberoden — Dieburg — Groß-Zimmern — Ober-Ramstadt — Zwingenberg (Hessen)

gebildet wird, Fahrkarten nach diesen Stationen selbst und darüber hinaus nur noch gegen Vorweis eines Erlaubnischeines verabsolgt werden. Die Erlaubnischeine werden von den Ortspolizeibehörden ausgestellt, und zwar nur für wirklich dringende Reisen wie beispielsweise Berufsreisen im öffentlichen Interesse, bei Tod und schwerer Erkrankung der nächsten Angehörigen.

Ausgenommen von dieser Beschränkung ist der Arbeiterverkehr auf Rückfahr- und Wochenkarten, der Berufsverkehr auf Zeitkarten und Verkehr auf Schülermonatskarten; jedoch werden Monatskarten nur noch gegen Rückgabe der abgelassenen Karten verabsolgt, wenn den Fahrkartenausgaben nicht bekannt ist, daß der Reisende schon früher ständig Inhaber einer Monatskarte gewesen ist.

Der Verkauf von Fahrkarten durch Automaten nach Stationen über obengenannte Sperrlinie hinaus ist einzustellen.

Gepäck- und Expressgutverkehr aus dem Sperrgebiet über die vorbezeichnete Linie hinaus in östlicher Richtung ist bis auf weiteres ausgeschlossen. Ebenso ist die Mitnahme von Handgepäck auf ein Stück beschränkt. Militärgepäck unterliegt der Sperre nicht. Auch können einzelne, für die Volksernährung besonders wichtige, leicht verderbliche Produkte, deren Beschaffenheit schnellste Beförderung erfordert, in dringenden Fällen weiterhin als Expressgut angenommen werden.

Reisen der Militärpersonen, sowie Reisen der Zivilbevölkerung innerhalb des Sperrgebietes selbst sind unbeschränkt zulässig. Auch die Reisen in das Sperrgebiet sind unbeschränkt, jedoch sind die Reisenden darauf aufmerksam zu machen, daß die Rückreise nur nach den vorstehenden Bestimmungen erfolgen kann.

Die Reiseerlaubnischeine sind auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten nach folgendem einheitlichen Vordruck auszufertigen:

## Reiseerlaubnischein.

Dem Inhaber dieses . . . wird hiermit die Erlaubnis zur einmaligen Reise von . . . Station nach Station . . . erteilt, . . . 1918.

(Unterschrift).

(Stempel der Ortspolizeibehörde).

Ein solcher Erlaubnischein ist nicht erforderlich für die in Absatz 2 des vorstehenden Schreibens der Eisenbahn-Direktion erwähnten Reisen.

Frankfurt a. M., den 21. November 1918.

IV. 14. V. 25.

Eisenbahndirektion.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich unter Hinweis auf meine Verfügung vom 19. d. Mts. — Tagb. L. Nr. 2409 —, Kreisblatt Nr. 272 — genau nach Vorstehendem zu verfahren.

Limburg, den 28. November 1918.

Der Landrat.

(Schluß des amtlichen Teils.)

# Quartier-Billetts

zu haben in der

## Kreisblatt-Druckerei.

### Tüchtige Zeitungsträgerin

per 1. Januar gesucht. 7/281

### Agentur der Frankfurter Zeitung.

Roonmarkt 5.

### Großer eiserner Zimmerofen

mit Kochvorrichtung u. Rohr zu verkaufen. 8/281

Frankfurterstr. 19.

Handwerker Coworkerbedende

erhalten Auskunft, Rat und Hilfe in allen Angelegenheiten:

- Wirtschaftsfragen
- Rechtsbeschaffung
- Finanzielle Beratung
- Steuerverfahren
- Mietfragen
- Technische Rat
- Förderung
- Buchführung

durch die Geschäftsstelle des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe

Limburg a. d. Lahn im Schloss Fernruf 302

## Erste Bürogehilfin

sofort oder zum 1. Januar gesucht.

Schriftliche Angebote erbeten. 5/281

### Rechtsanwälte Kottenhoff & Bertram, Limburg.

## Zodes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß gestern morgen meine liebe Frau

**Charlotte Scherer**  
geb. Stein

im Alter von 50 Jahren nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Angehörigen:  
**Christian Scherer.**

Limburg (Lahn), den 5. Dezember 1918

Die Beerdigung findet am Samstag den 7. Dezember, nachmittags um 3 Uhr vom Trankhauser, Erbsch 1, aus statt. 8/282

Wegen Ablegung einer Trockenhalle bin ich in der Lage

**ca. 1200 bis 1500 Ringofensteine und Dachziegel mit Dachlatten**

preiswürdig abzugeben; auch in kleineren Mengen.

3/282

Zimmermeister und Bauunternehmer

**Konrad Stöcker, Niederbrechen.**

Gute Abfahrt, Brückenstraße, Limburg (Lahn).

## Strassenwalzenführer und Begleitleute

gegen gute Bezahlung sofort gesucht.

7/282

Meldung Polizeistation Zimmer 4.

**Garnisonkommando Limburg.**

## Gute Oberbetten

4/282

prima Federbetten mit feinen Halbbaunen liefert auch

**A. Albert jun.,**

Obere Graben-  
strasse 10.

## Vom Militär entlassen,

habe ich meine Praxis wieder aufgenommen. Empfehle mich einem geübten Publikum von Limburg und Umgegend in allen vorzukommenden Reparaturen an

## Uhren, Gold- und Silberwaren

in kurzer Lieferzeit und billiger Berechnung. 10/280

**Josef Schmidt,**

Uhrmacher und Goldarbeiter.

Wohnung vorläufig Holzheimerstraße Nr. 44.

## Weihnachtsbitte

der Erziehungs- und Pflegeanstalt  
Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, in dem Gott der Menschheit die allergnädigste Freude bereitet hat, kommt wieder heran, und da wagen wir es, trotz des Druckes der Zeit um Gaben der Liebe zu bitten, damit wir auch in diesem Jahre jedem eine kleine Freude bereiten können. Wer möchte den an die Schattenseite des Lebens Verwiesenen und doch so gern Fröhlichen die Christfreude nehmen? Freilich wird's sehr sparsam und praktisch sein das Christkind 1918, aber unsern Kindern läßt sich auch mit Wenigem viel Freude bereiten.

Darum bitten wir unsere Freunde in Stadt und Land herzlich um ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielsachen, Gewaren, Bekleidungsstücke usw. Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwendung und sind für jede, auch die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besondere Danksagung.

Allen unseren Wohltätern wünschen wir in dieser ersten Kriegszeit ein gesegnetes Christfest!

**Martin, Pfarrer**

Vorsitzender des Vorstandes.

**Codt,**

Direktor.

Die Postcheckkonto-Nummer der Anstalt ist Frankfurt a. M. 4000.

## Vor Schaden

will ich mich schützen.

**Wie**  
mache ich das am besten?

**Sie**  
bestellen den

**Limburger Anzeiger**  
(Amtl. Kreisblatt).

Lesen Sie, was uns ein neuer Bezieher schreibt:

Der „Limb. Anz.“  
(Amtl. Kreisblatt) ist  
unentbehrlich für je-  
den Geschäftsmann,  
Landwirt und jeden  
Beamten.

2. 12. 18.

Darum bestellen Sie so-  
fort den mit neuem Quar-  
tal am 1. Januar 1919  
täglich erscheinenden

**Limburger Anzeiger**  
(Amtl. Kreisblatt)

**Limburg a. Lahn**

II Brückengasse II.

## Freibank.

Donnerstag, den 5. Dez.  
von 4 bis 4½ Uhr nach-  
mittags Ausgabe v. Fleisch-  
brände per Liter 20 Pf.

Gegen Fleischkarten:

Freitag, den 6. d. Mts.  
von 2 bis 4 Uhr nachmittags  
von Karten Nr. 301—600

Es werden pro Familie nur  
1 Pfund abgegeben. 2/282

Die Schlachthof-Verwaltung.

**Junges Mädchen**

zu leichtem Kantor-Arbeiten  
auf baldigst gesucht. 6/282  
Näh. am Schafsbweg 3,  
actore.

## Freibank.

Ohne Fleischkarten:

Heute Donnerstag, den  
5. Dezember von 2 bis 4  
Uhr nachmittags junges fettes  
Pferdefleisch pro Pfund  
Mk. 1.40. 1/283

Es wird gebeten, das Geld  
abgeholt bereit zu halten.

Ein älteres

**Dienstmädchen**

in einem heissen ruhigen Haus-  
halt gesucht. 9/282

**M. Spang,**  
Maschinenfabrik in Oberndorf  
(Taunus), Feldbergstraße 57.

## Aufforderung

an das reisende und verkehrstreibende Publikum  
zur Unterstützung der Eisenbahnverwaltung bei Erfüllung  
ihrer Aufgaben.

Die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen in der Heimat ist zur Zeit beschränkt durch große Leistungen für die Heeresverwaltung, Abgabe zahlreichen Personals und Materials an die Front und das besetzte Gebiet sowie starke Abnutzung der Betriebsmittel.

Gleichwohl gilt es, steigende Anforderungen und bevorstehende neue Aufgaben zu erfüllen, z. B. für die Nahrungsindustrie, die Militärverwaltung, die Verteilung der Kohlen und Nahrungsmittel.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit sind von der Eisenbahnverwaltung in weitestem Umfang Maßnahmen getroffen, die aber nicht ausreichen, falls nicht auch das reisende und verkehrstreibende Publikum die Eisenbahnverwaltung unterstützt.

Leistungsfähigkeit und Unterstützung durch alle Reisenden und Verkehrstreibenden sind daher zur Erfüllung der großen Aufgaben der Eisenbahnverwaltung dringend erforderlich.

Auf Beachtung folgender Punkte kommt es vornehmlich an

**I. Einschränkung im Personen-, Gepäck- und Express-Güterverkehr.**

Nicht dringliche Reisen müssen unterbleiben. Gepäck- und Expressgüter sind auf das notwendigste Maß einzuschränken.

Auf jeden einzelnen und auf jedes einzelne Stück kommt es an. Überfüllungen der Personen- und Packwagen führen zu Ingepäckungen. Hierdurch werden Züge für den Heeresbedarf und die Volksernährung in Mitleidenschaft gezogen und die Betriebsleistungen ungünstig beeinflusst.

**II. Ausnutzung der verminderten Wagenbestände.**

1. Ausnutzung der Güterwagen bis zur angeordneten Tragfähigkeit. Zusammenfassung der Bestellungen und Zusammenladung der Güter für mehrere Empfänger an Orten, die in derselben Richtung liegen.

2. Schnelle Abfuhr der Güter, auch an Sonn- und Feiertagen.

3. Gemeinsamer Bezug von Lebensmitteln, Rohstoffen usw. durch Genossenschaften und Bildung von Bezugsgemeinschaften, damit nach Möglichkeit die Abfuhr mit geschlossenen Zügen erfolgen kann.

**III. Vereinfachung des Verkehrs.**

1. Unterlassung unnötiger und unwirtschaftlicher Transporten. Der Bezug von sonstigen Gütern muß vermieden werden, sofern ein nähergelegenes Versorgungsgebiet vorhanden ist. Dabei sind finanzielle Nachteile in Kauf zu nehmen und keine Rücksichten auf abgewohnte und bequeme Bezugsmöglichkeiten zu nehmen.

2. Vermeidung von Sendungen auf kurze Wasserwege, soweit sie durch Fuhrwerk oder Kraftwagen befördert werden können.

3. Benutzung des Wasserweges namentlich für Massengüter auf möglichst weite Entfernungen.

**IV. Anpassung des Verkehrs an die örtlichen Verhältnisse der Bahnhöfe.**

1. Beim Bau neuer Fabriken oder bei erheblichen Erweiterungen muß auf Bahnhöfe und Gleisanlagen geachtet werden, um bereits während des Baues von Baustoffen Störungen zu vermeiden.

2. Rechtzeitige Benachrichtigung der Eisenbahnverwaltung, sobald ein starker Verkehrszuwachs zu erwarten ist, damit Überfüllung der Freiladegleise vermieden wird. Vereinfachung gleichmäßiger Zufuhr mit den Lieferanten, erforderlichenfalls rechtzeitiger Abstellung bestellter Wagen bei überhohem Ablauf.

Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen liegt in militärischer wie wirtschaftlicher Beziehung mit in erster Linie zu einem erfolgreichen Ausgang des Krieges bei. Die Eisenbahnen müssen daher in dieser Zeit in erster Linie dazu dienen, die Bedürfnisse des Heeres, der Volksernährung und der Kriegswirtschaft zu befriedigen.

Der Ernst der Stunde verlangt, daß jeder zu seinem Teile zur Entlastung der Eisenbahnen beiträgt.

## Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-  
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

## Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten  
und Kupferstichdruck-Beläge  
Rundschau im Bild

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:

monatlich M. 2.20, vierteljährlich M. 6.60

Probeummuster kosten- und porto frei

Welt über 150000 Abonnenten